

Einhellige Abschottung und globalisierungskritische Bauernrevolte: Widerstand gegen die grüne Gentechnik in Österreich und Frankreich

Seifert, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seifert, F. (2008). Einhellige Abschottung und globalisierungskritische Bauernrevolte: Widerstand gegen die grüne Gentechnik in Österreich und Frankreich. *SWS-Rundschau*, 48(4), 485-504. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-233476>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einhellige Abschottung und globalisierungskritische Bauernrevolte – Widerstand gegen die grüne Gentechnik in Österreich und Frankreich

Franz Seifert (Wien)

Franz Seifert: Einhellige Abschottung und globalisierungskritische Bauernrevolte – Widerstand gegen die grüne Gentechnik in Österreich und Frankreich (S. 485–504)

Diese Studie vergleicht zentrale Akteure und Mobilisierungsstrategien der Bewegungen gegen landwirtschaftliche (grüne) Gentechnik in Österreich und Frankreich. Beide Länder zählen in punkto öffentlicher Meinung wie auch Regierungspolitik zu den exponierten Gentechnik-Ablehnungsländern der EU, jedoch unterscheiden sich die jeweiligen Protestbewegungen markant: In Österreichs Anti-Gentechnikbewegung agieren professionelle Umweltorganisationen als zentrale Akteure, während kritische bäuerliche Gruppierungen im Hintergrund bleiben. Im Gegensatz dazu stehen in Frankreich bäuerliche Akteure an vorderer Front einer fortdauernden, radikalen Protestbewegung gegen die grüne Gentechnik. Die Gegenüberstellung illustriert die Vielfalt neuer sozialer Bewegungen, die besondere Rolle von bäuerlichen Akteuren sowie die Effekte der Anti-Gentechnikbewegungen auf die nationale Gentechnikpolitik. Die Analyse betont die Bedeutung nationaler Landwirtschaftspolitiken im Kontext der Mehrebenenpolitik der EU und zeigt Wege zur Beurteilung der beiden konträren Bewegungsformen auf.

Schlagworte: Bauernprotest, Landwirtschaftspolitik, Anti-Gentechnikbewegung, Österreich, Frankreich

Franz Seifert: Consensual Resistance and Farmers' Protest against Globalisation – Resistance against Agrarian (Green) Biotechnology in Austria and France (pp. 485–504)

The article compares key actors and mobilization strategies of the Austrian and French anti-biotechnology movements. While, regarding public opinion and government policy, both countries are among the EU's most avid biotechnology opponents, their national protest movements are characterized by striking differences: In the Austrian case, professional environmental organisations are vocal in public debate while groups of critical farmers work rather behind the scenes. In France, by contrast, peasant activists lead a radical protest movement that looms large to this day. The comparison sheds light on the diversity of new social movements in general, and on the impact of rural actors and agricultural policies on anti-biotechnology movements in more particular. This highlights the significance of national agricultural policies in context of EU multi-level governance and assesses two contrary national movements.

Keywords: farmers' protest, agricultural policy, anti-biotechnology movement, Austria, France

1. Einleitung – Ziele, Methodik und Aufbau des Artikels¹

Der Vergleich von Anti-Gentechnikbewegungen in Österreich und Frankreich verbindet drei Ziele. Zum ersten lassen sich aus ihm neuartige Einblicke in das Politikfeld Gentechnik gewinnen. Der weltweite Konflikt um die landwirtschaftliche Gentechnik ist einer der größten Umwelt- und Technologiekonflikte unserer Tage, vergleichbar mit den Kontroversen um die zivile Kernkraft oder das Weltklima. Auseinandersetzungen um die kommerzielle Einführung der als Schlüsseltechnologie geltenden Gentechnik seit Mitte der neunziger Jahre bremsen deren weltweite Diffusion erheblich, wobei die Kontroverse in der EU am intensivsten verlief. Innerhalb der EU kommt den Protestbewegungen in den Ablehnungsländern Österreich und Frankreich besondere Bedeutung zu.

Zur Eigenrelevanz des angesprochenen Politikfeldes kommt zweitens die Diskussion um »neue soziale Bewegungen«, in diesem Fall neben der Anti-Gentechnikbewegung auch um die globalisierungskritische Bewegung.² In den letzten vier Jahrzehnten, in denen neue soziale Bewegungen Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaften sind, hat sich eine Vielfalt von Fragestellungen, Perspektiven und Erklärungsansätzen herausgebildet (Della Porta/Diani 2006). Die hier gewählte vergleichende Perspektive soll Aufschluss darüber geben, welchen Einfluss die politischen Kontextbedingungen eines Landes, insbesondere die Landwirtschaftspolitik, auf die Entwicklung von Protestbewegungen haben.

Die Ausprägungen von Gentechnikopposition in Österreich und Frankreich können hierbei als Modellfälle radikal-konfrontativer Formen einerseits und kooperativer Formen andererseits dienen: Zwar weisen beide Länder eine prononcierte Anti-Gentechnikbewegung auf, doch unterscheiden sich diese in den beiden Staaten markant: In Österreich wurde die Opposition zur Gentechnik in den neunziger Jahren in der öffentlichen Arena von professionellen Umweltorganisationen lanciert, in der Folge aber in wesentlichen Zügen als Regierungspolitik übernommen, womit die Kontroverse verebbte. Insbesondere die österreichische Landwirtschaftspolitik mit ihrer Privilegierung des ökologischen Landbaus machte die Ablehnung der landwirtschaftlichen Gentechnik zu einem zentralen Anliegen. Ganz anders dagegen die Situation in

-
- 1 Aspekte dieser Vergleichsstudie wurden auf den Konferenzen »Critical Issues in Science and Technology Studies«, 24.–25. Mai 2007 in Graz, »Critical Construction of Agrarian Biotechnologies«, 3.–4. November 2007 in Kyoto/Japan, sowie bei der 64. Sitzung der »ARGE ländliche Sozialforschung« am 16. November 2007 an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien zur Diskussion gestellt. Empirische Materialien wurden zum Teil im Rahmen des vom Autor geleiteten und durchgeführten, vom Wissenschaftsfonds (FWF) geförderten Forschungsprojekts P16.403–Go4 (Laufzeit: November 2003 bis Oktober 2006) gewonnen. Die internationalen Implikationen aus dem Vergleich behandelt Seifert (2008a), einen stärker theoretisch orientierten Beitrag zur Erforschung neuer sozialer Bewegungen liefert Seifert (2008b).
 - 2 Als globalisierungskritisch wird hier jene Bewegung bezeichnet, die – ohne globale Verflechtung grundsätzlich abzulehnen – gegen Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen auftritt – also gegen Deregulierung, Dominanz des Finanzsektors, Abbau sozialer Rechte, allumfassende Kommerzialisierung. Wie sich in der Darstellung zeigen wird, hängt die Anti-Gentechnikbewegung mit dieser, zumindest in ihrer französischen Erscheinungsform, eng zusammen.

Frankreich: Obwohl auch der französische Staat eine Wende von einer anfangs vorbehaltlos fördernden zu einer zunehmend restriktiven Gentechnikpolitik vollzog, sorgt die landwirtschaftliche Gentechnik bis heute für leidenschaftliche Auseinandersetzungen in Frankreich, in deren Vordergrund – ebenfalls im Gegensatz zu Österreich – bäuerliche Akteure stehen.

Das dritte Anliegen dieser Studie ist es, ein Schlaglicht auf den Themenkomplex Globalisierung, Landwirtschaftspolitik und Protest zu werfen, der einen ebenso aktuellen wie unter Gebühr reflektierten Bereich der Politikforschung bildet: Bis heute ist der ländliche Raum dramatischen Wandlungsprozessen unterworfen. Der technologiebedingten, sich in den Nachkriegsjahrzehnten beschleunigenden landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung stehen die drastische Minderung landwirtschaftlicher Erwerbsarbeit und der Untergang der hergebrachten, bäuerlichen Lebensweise gegenüber. Unter dem Motto »Wachsen und Weichen« finden sich landwirtschaftliche Betriebe in einem Produktivitäts- und Expansionswettbewerb wieder, der langfristig in wenigen Gewinnern und vielen Verlierern resultiert. Gleichzeitig hängt der landwirtschaftliche Sektor in Europa sehr stark vom Subventionswesen nationaler Landwirtschaftspolitiken im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ab: Ohne deren Kompensationsleistungen gegenüber billigen Weltmarktpreisen wäre die europäische Landwirtschaft in ihrer heutigen Form nicht lebensfähig.

Die größte Herausforderung für Europas Landwirtschaftspolitik ist die Verschärfung des skizzierten »Strukturwandels« durch den Aufstieg v. a. nord- und südamerikanischer Agrar-Exportmächte, die sich als überlegene Akteure auf einem sich unter der Ägide der Welthandelsorganisation WTO und der Doha-Welthandelsrunde liberalisierenden Weltmarkt positionieren. Die Reaktionsweisen nationaler und europäischer Landwirtschaftspolitiken auf diese Herausforderungen sind komplex, was zum einen aus dem Mehrebenencharakter europäischer Landwirtschaftspolitik folgt, zum anderen aber auch aus der Vielfalt von Interessenlagen und Steuerungsinstrumenten, die von Export- und Produktivitätssteigerung bis zu Nachhaltigkeitsstrategien variieren können. Nationale Anti-Gentechnikbewegungen wie auch von diesen beeinflusste nationale Gentechnikpolitiken liefern nun Anschauungsmaterial für den kontroversen Umgang mit diesen Herausforderungen. Wie sich zeigen wird, bilden nationale und europäische Landwirtschaftspolitiken und Konfliktkulturen in diesem Politikfeld wesentliche Erklärungsvariablen für die beobachteten Unterschiede, auf die auch der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegen soll.

Die Arbeit stützt sich auf verschiedene Quellen: Interviews mit Schlüsselakteuren in Österreich und Frankreich, durchgeführt von 1999 bis 2008, mit längeren Rechercheaufenthalten in Frankreich im Frühjahr 2004 und Sommer 2008, ferner Sekundärmaterialien v. a. zur Landwirtschaftspolitik Österreichs und Frankreichs und öffentlich zugängliche Berichte zum Aktivismus von Gentechnik-GegnerInnen. (Die Online-Archive von Le Monde haben sich hier für Frankreich als besonders ergiebig und verlässlich erwiesen.)

Der weitere Artikel gliedert sich wie folgt: Der nächste Abschnitt vermittelt einen Überblick zur europäischen Anti-Gentechnikbewegung und zu ihren internationalen

Auswirkungen. Die beiden folgenden Kapitel 3 und 4 skizzieren den Verlauf der öffentlichen Gentechnikdebatten in Österreich und Frankreich, und setzen sich eingehender mit der Struktur der jeweiligen Protestbewegungen in den beiden Ländern, mit deren Dynamik, Akteuren, Mobilisierungsstrategien und ihrer Interaktion mit dem politischen System auseinander. In den Schlussfolgerungen werden diese Unterschiede unter Bezug auf voneinander abweichende nationale Kontexte erklärt, wobei die besondere Rolle divergenter Landwirtschaftspolitiken und landwirtschafts-politischer Konfliktlinien herausgestrichen wird.

2. Die europäische Anti-Gentechnikbewegung

Die europäische Mobilisierung gegen die grüne Gentechnik setzte Mitte der neunziger Jahre ein (Bauer/Gaskell 2002). Im Frühjahr 1996 geriet die BSE-Krise zu einer europaweiten Vertrauenskrise.³ Als im selben Jahr erste US-Importe von gentechnisch verändertem (GV) Soja und Mais in Europa einlangten, ergriffen Umweltorganisationen, allen voran Greenpeace, die Gelegenheit, um die Öffentlichkeiten der Mitgliedsstaaten zu alarmieren. Nationale Öffentlichkeiten griffen das Thema zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf: In Österreich kam bereits 1996 eine öffentliche Kontroverse in Gang, in anderen Ländern wie etwa in Frankreich geschah dies 1998 und 1999 (Seifert 2006b).

In diesen Jahren zeichnete sich auch ab, dass das europäische Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ins Stocken geriet bzw. durch nationale »Schutzverbote«⁴ bereits zugelassener GVO seitens einiger Mitgliedstaaten, darunter Österreich und Frankreich, unterminiert wurde. Beim EU-Umweltministerat im Sommer 1999 erklärten Griechenland, Frankreich, Dänemark, Italien und Luxemburg schließlich, jeden weiteren Zulassungsantrag zu blockieren, bis eine neue europaweite Regelung ausgearbeitet und in Kraft getreten sei, womit das »politische Moratorium« gegen die Gentechnik seinen Anfang nahm. Das jahrelange Ausbleiben europäischer GVO-Zulassungen blockierte den Import von GVO und verletzte

3 Nachdem von wissenschaftlicher Seite ein Zusammenhang zwischen der Rinderkrankheit BSE (bovine spongiforme Enzephalopathie) und der tödlich verlaufenden Creutzfeldt-Jakob-Krankheit nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, erließ die Europäische Kommission im März 1996 ein Gemeinschaftsembargo gegen britisches Rindfleisch, das mit Beschluss des EU-Ministerrats in Florenz im Juni desselben Jahres schrittweise wieder aufgehoben wurde. Im Abschlussbericht eines BSE-Untersuchungsausschusses des Europaparlaments vom Februar 1997 wurden der EU-Kommission, dem EU-Ministerrat und Großbritannien schwere Versäumnisse beim Umgang mit der Rinderseuche vorgeworfen. Das Europaparlament drohte der EU-Kommission mit einem Misstrauensvotum (Seifert 2002, 214).

4 Solche Verbote sind durch Rekurs auf eine in den entsprechenden EU-Richtlinien enthaltene »Schutzklausel« zulässig, welche allerdings die Bedingung stellt, dass neue wissenschaftliche Daten vor der Zulassung noch unbekannte Risiken für Mensch oder Umwelt belegen. Diese Erkenntnisse sind europäischen ExpertInnenkomitees, seit 2002 der in Parma arbeitenden Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA (European Food Safety Agency), zur Überprüfung vorzulegen. Bislang bestätigten diese in keinem Fall die Richtigkeit der Einwände der Mitgliedsländer, welche somit zur Aufhebung ihrer Maßnahmen angehalten waren.

die Interessen der großen Agrar-Exportländer Kanada, Argentinien und – an erster Stelle – der USA. 2003 beantragten diese Staaten die Einberufung eines WTO-Schiedsgerichts, das die Unrechtmäßigkeit der EU-Maßnahmen feststellen sollte. 2006 erklärte dieses, dass sowohl das europäische »politische Moratorium« als auch die nationalen Schutzverbote im Widerspruch zu internationalem Handelsrecht stehen.

Bilden diese Verwicklungen am internationalen Parkett und die Verschärfung der GVO-Regulierung der EU einen großen Erfolg der Anti-Gentechnikbewegung, gilt das noch mehr für deren Auswirkungen auf die Produktpolitik des Lebensmittelhandels. Denn aus Sorge um die Ablehnung durch die KonsumentInnen haben bislang europaweit nur sehr wenige als GV gekennzeichnete Lebensmittelprodukte den Markt erreicht. Dementsprechend ist der kommerzielle landwirtschaftliche Anbau in Europa verschwindend gering.

Wer sind nun die führenden Akteure der europäischen Anti-Gentechnikbewegung? Was deren europäische und internationale Rückwirkungen anlangt, sind das offensichtlich die Regierungen der GVO-ablehnenden Mitgliedstaaten, die nationale Schutzverbote ausgesprochen und das »politische Moratorium« unterstützt haben.⁵ Da aber in all diesen Ländern öffentliche Gentechnikkontroversen stattfanden, liegt es nahe, nach den Bewegungsakteuren in den jeweiligen nationalen Arenen zu fragen. Trotz nationaler Variationen lässt sich sagen, dass in der Mehrheit der Länder lokale Zweigstellen internationaler Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Friends of the Earth (FoE)⁶ zentrale Positionen in der Planung von Lobbyingstrategien, öffentlichen Kampagnen und bei der Herstellung kritischer Expertise einnehmen (Ansell et al. 2006). Mit diesen alliiert sind Gruppierungen unterschiedlicher Ausrichtung, von explizit gentechnikkritischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bis zu globalisierungskritischen Organisationen und Initiativen. Involviert ist ferner ein weites Geflecht von Akteuren aus dem Lebensmittelbereich, darunter von besonderem Gewicht: um das Vertrauen der KonsumentInnen konkurrierende Handelsketten, die ihre Produktpalette »gentechnikfrei« deklarieren (Schurman 2004). Außerdem treten Produzenten- und Bauernorganisationen gegen die Gentechnik auf. Da Produkte aus biologischer Landwirtschaft durch EU-Gesetzgebung zur »Gentechnikfreiheit« verpflichtet sind und somit durch die kaum zu verhindernde »Kontamination« mit GV-Materialien bzw. deren unbeabsichtigte Beimengung in ihrem besonderen Markenstatus bedroht sind, ist der ökologische Landbau geradezu zur Opposition gezwungen. In ihrer Haltung gefestigt werden sie dabei durch die »Koexistenzpolitik« der EU, die das geregelte Nebeneinander von gentechnikunterstützter, konventioneller und gentechnikfreier Landwirtschaft zum Ziel hat und die wirtschaftliche Daseinsberechtigung einer »gentechnikfreien« Produktion explizit anerkennt (Seifert 2006a, 412–414). Dennoch sind Bauern- und Produzentenorganisationen selten an erster Stelle nationaler

5 Den »Moratoriumsstaaten« Griechenland, Frankreich, Dänemark, Italien und Luxemburg schlossen sich 2000 und 2001 Österreich und Belgien an. Bis 1999 erließen all diese Staaten außer Dänemark und Belgien auch nationale Schutzverbote. Dazu kam 2000 auch Deutschland (Rapid 2005). Nach 2005 erließ auch Ungarn ein solches Schutzverbot.

6 Friends of the Earth (FoE) sind die internationale Dachorganisation von Global 2000.

Gentechnikgegnerschaft. Warum das in Frankreich anders ist, wird in folgender Darstellung etwas ausführlicher erklärt. Zunächst aber zum Vergleichsland Österreich.

3. Österreichs Gentechnikpolitik – Abschottung im Konsens

In der österreichischen Medienberichterstattung war Gentechnik in den achtziger und frühen neunziger Jahren kaum von Relevanz. Im Jahr 1996 aber stieg die Berichterstattung sprunghaft an (Seifert/Wagner 1998). Auslöser war ein Skandal: Im Frühjahr 1996 fand die erste Freisetzung einer GV-Kartoffel ohne behördliche Genehmigung statt. Den zuvor in diesem Zusammenhang nur in geringem Ausmaß wahrgenommenen Gegnergruppen, allen voran der Umweltorganisation Global 2000 und Greenpeace Austria, gelang es in Allianz mit der Neuen Kronen Zeitung (NKZ), das Thema in den Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit zu rücken und eine Kampagne für ein Volksbegehren zu starten (Seifert 2002, 158–175). Dieses wurde im April 1997 mit rund 1,2 Mio. Unterschriften zu einem der meist unterstützten Volksbegehren in Österreich. Als Bewegungskoordinatoren und prominenteste Stimmen in der öffentlichen Arena traten in Österreich Greenpeace und Global 2000 auf (ebd., 158–188). Der Umstand, dass die beiden federführenden Gruppen professionelle, international organisierte NGOs sind, entspricht dem gesamteuropäischen Muster. Vertreter des alternativen oder ökologischen Landbaus waren zwar präsent, traten im österreichischen Gentechnik-Diskurs in der Öffentlichkeit aber weniger offensiv in Erscheinung.

Noch während der Kampagne zum Volksbegehren formierte sich eine charakteristische nationale Politik zur landwirtschaftlichen Gentechnik, mit dem Ziel, keine GVO-Freisetzungen im Land zuzulassen, was für den kommerziellen Anbau, aber implizit auch für GVO-Versuchsfreisetzungen gilt.⁷ Hauptinstrument sind Import- und Anbauverbote bereits EU-weit zugelassener GVO. Seit 1997 wurden insgesamt sechs Schutzverbote erlassen, die Österreich in Konflikt mit der Europäischen Kommission brachten, der es aber lange nicht gelang, deren Aufhebung zu erzwingen. Erst im Frühjahr 2008 erwirkte sie die Teilaufhebung zweier Verbote.⁸ Dennoch dürfte Österreichs Abschottungspolitik intakt bleiben: Erstens wurden lediglich Import-, nicht aber die Anbauverbote aufgehoben, zweitens verzichtete der Lebensmittelhandel freiwillig auf den Import von GV-Material, und drittens ist die österreichische Koexistenzpolitik, die das Nebeneinander von gentechnikunterstützter, konventioneller und gentechnikfreier Landwirtschaft in Österreich gesetzlich regelt, prohibitiv genug, um den GVO-Anbau unmöglich zu machen – sogar für den Fall, dass dessen Legalität eines Tages doch seitens der EU durchgesetzt würde (Seifert 2006a, 416–417).

Was sind die Hintergründe der österreichischen Abschottungspolitik? Als unmittelbares Motiv kann die allgemeine Unbeliebtheit der landwirtschaftlichen (im

7 Bislang hat in Österreich noch keine genehmigte experimentelle GVO-Freisetzung stattgefunden, obwohl österreichische Forschungseinrichtungen potenzielle Versuchsprojekte mit öffentlicher Förderung entwickelt haben.

8 Und zwar der GV-Maistypen MON810 (nationales Schutzverbot 1. Juni 1999) und T25 (nationales Schutzverbot 8. Mai 2000) (Interview Umweltbundesamt UBA, 16. 5. 2008, Wien).

Folgenden auch: grünen) Gentechnik gelten. In der Meinungsforschung vielfach nachgewiesen, wird sie in der massenmedialen Öffentlichkeit v. a. von Umwelt-NGOs wie Greenpeace und Global 2000 sowie von der NKZ artikuliert. So ist auch praktisch keine Stimme zu vernehmen, die sich offen gegen die österreichische Abschottungspolitik aussprechen würde. Innerhalb der politischen Elite besteht ein auffälliger Konsens, der quer über Parteigrenzen und die Kluft zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition reicht.

Dieser Konsens ist keineswegs selbstverständlich. Die konventionelle Landwirtschaft forderte bis in die späten neunziger Jahre, von einer allzu restriktiven Gentechnikpolitik Abstand zu nehmen, da man so die Option auf die unverzichtbare Schlüsseltechnologie verspiele.⁹ Die Wende kam mit der Ministerperiode von Josef Pröll (2003 bis 2008), der die österreichische Landwirtschaftspolitik in ihrer Gesamtheit auf eine gentechnikfreie Produktion einschwor. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens die europäische Nachfrage nach garantiert gentechnikfreien Produkten, zu deren Herstellung rigorose Saatgut-Regelungen sowie geschlossene Anbaugelände (etwa Regionen) erforderlich sind. Der Versuch, ein nationales Territorium zu einem solchen gentechnikfreien Gebiet zu machen, wird somit als nationale Nischenpolitik argumentiert. Zweitens kommt die Abschottung gegen die grüne Gentechnik der ökologischen Landwirtschaft zugute – also einer Nischenproduktion innerhalb der österreichischen Landwirtschaft (Seifert 2006a, 416). Diese Politik ist nicht durch »Druck von unten« entstanden, jedenfalls lässt sich eine etwaige kontroverse Beteiligung von ihr betroffener und profitierender Gruppierungen kaum feststellen. Biobauern und Biobauerinnen treten in der öffentlichen Arena im Vergleich mit den federführenden NGOs bestenfalls in vergleichsweise geringem Ausmaß in Erscheinung (Seifert 2002, 168, 174–175). So finden sich etwa in einer Durchsicht aller mit dem Thema grüne Gentechnik in Zusammenhang stehenden Artikel der NKZ von 1995 bis 2005 lediglich zwei von dieser Akteursgruppe getragene Protestereignisse, ein »Traktor-Marathon« im Vorfeld des Gentechnik-Volksbegehrens und im Frühjahr 2001 eine demonstrative Maisausschüttung im Zusammenhang mit der ungelösten Kontaminationsproblematik.¹⁰

Andererseits sollte nicht übersehen werden, dass eine kleine, kritische Bauernorganisation – die *Österreichische Bergbauern und Bäuerinnen Vereinigung* (ÖBV) – eine entscheidende Rolle in der zivilgesellschaftlichen Protestöffentlichkeit zur Gentechnik spielt. Die ÖBV ist eine progressive Bauernorganisation, die 1974 gegründet wurde, sich für den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft einsetzt und eine auf Produktions- und Exportsteigerung angelegte Agrarpolitik bekämpft. Anders als konventionelle landwirtschaftliche Interessenvertretungen ist die ÖBV in ein europäisches und internationales Netzwerk progressiver Bauernorganisationen integriert, etwa in die Europäische Bauernkoordination (*Coordination Paysanne Européenne* CPE) oder die internationale Kleinbauernvereinigung *Vía Campesina*. (Die internationale Bezeichnung der ÖBV ist dementsprechend *Vía Campesina Austria*.) Schon in den

9 Interview Präsidentenkonferenz, 10. 8. 1999, Wien.

10 Stichwortsuche in den NKZ-Archiven über den digitalen Suchdienst APA-DeFacto.

frühen neunziger Jahren, Jahre bevor die landwirtschaftliche Gentechnik zum öffentlichen Thema wurde, hatte sich die ÖBV gegen den Einsatz eines gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons engagiert. Und bereits 1995 suchte die ÖBV andere Bewegungsakteure – insbesondere die später federführenden NGOs Greenpeace und Global 2000 – für eine Zusammenarbeit bei einem Volksbegehren zu gewinnen, was zu diesem Zeitpunkt allerdings noch als unrealistisch zurückgewiesen wurde. Erst als sich im Frühjahr 1996 durch den Skandal um die ungenehmigte Versuchsfreisetzung und den Einstieg der NKZ die Gelegenheit bot, fanden sich die Kooperationspartner rasch zu der Initiative zusammen (Interview ÖBV, 18. 5. 2005, Wien). In Ermangelung eines professionellen Medienapparats und aufgrund knapper Ressourcen war die ÖBV in der öffentlichen Debatte zwar weniger profiliert als die federführenden Umweltgruppen, doch blieb sie an Strategiebildung und organisatorischer Hintergrundarbeit wesentlich beteiligt.

Generell gilt, dass nach Abflauen der Mobilisierungsphase im Politikfeld grüne Gentechnik Kooperation und Miteinbeziehung zu den gängigen Interaktionsformen von Staat und Protestbewegung geworden sind. In der etwa mit dem Jahr 2000 einsetzenden Konsolidierungsphase der österreichischen Anti-Gentechnikpolitik wurden auch AktivistInnen aus dem Bewegungsfeld zunehmend in das politische System integriert. Beispielsweise engagiert sich die einstige Anti-Gentechnik-Kampagnenleiterin für Global 2000 und derzeitige Wiener Stadträtin Ulli Sima seit 1999 auf Seiten der SPÖ, und ein Global 2000-Experte spielte als Vermittler kritischer Expertise eine wichtige Rolle in Oberösterreichs Gentechnikverbotsinitiative (Seifert 2002, 195 und Seifert 2006a, 424).

Somit herrschen in Österreich Kooperation und Harmonie vor. Im Rahmen einer die Gegner unterstützenden Abschottungspolitik gegen die grüne Gentechnik werden diese Gegner in staatliche Politik integriert. Die Beteiligung bäuerlicher Akteure erfolgt hinter den Kulissen.

4. Frankreich – globalisierungskritische Bauernrevolte

Die Debatte in Frankreich unterscheidet sich von jener in Österreich erstens hinsichtlich Dynamik und Akteurskonstellation. In Frankreich beginnt die Debatte etwa zwei Jahre später als in Österreich, erreicht einen ersten Höhepunkt im Jahr 1999, bleibt danach aber sehr intensiv. Ferner sind die tonangebenden Akteure in Frankreich nicht wie in Österreich professionelle Umweltorganisationen wie Greenpeace, sondern die *Confédération Paysanne* (CP) und der Bauernaktivist *José Bové*, also bäuerliche Gruppierungen bzw. AktivistInnen. *Greenpeace France* ist zwar in der Diskussion präsent, wesentlich sind aber die genannten Akteure. Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 ist außerdem die Gruppierung *faucheurs volontaires* (freiwillige Mäher) aktiv, eine Bewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, laufend stattfindende Versuchsfreisetzung durch Feldzerstörungen zu sabotieren.

Eine zweite Differenz besteht in der ganz anderen politischen Ausrichtung der französischen Hauptprotagonisten: Sie gehören Frankreichs extremer Linker und

globalisierungskritischer Bewegung an, welche mit den massiven Eisenbahnerstreiks und Sozialprotesten 1995, dem erfolgreichen Einsatz gegen das *Multilateral Agreement on Investment* (MAI) 1997/1998, den Auseinandersetzungen um den WTO-Gipfel in Seattle 1999 und der Bewegung gegen den EU-Verfassungsvertrag im Frühjahr 2005 ihre erhebliche Mobilisierungskraft unter Beweis gestellt hat.¹¹

Drittens reagiert der französische Staat in etwas anderer Weise auf die Anti-Genetnikbewegung. Zwar weist auch Frankreichs Politik gegenüber der grünen Gentechnik deutliche Elemente einer Abwehr auf, doch wird diese weniger konsequent verfolgt. Auf europäischer Ebene war Frankreich als Anti-Gentechnikakteur sogar initiativer und einflussreicher als Österreich: Frankreich führte beispielsweise gemeinsam mit Griechenland die Allianz der das europäische Moratorium unterstützenden Staaten (1999 bis 2004) an, während Österreich diesem Bündnis erst nach einigem Zögern im Jahr 2000 beitrug. Auch hielt Frankreich zwei Schutzverbote aufrecht und unterließ damit europaweite Zulassungen, weshalb es von der WTO-Jury für schuldig befunden wurde, das internationale Handelsrecht zu verletzen.¹²

Auch kommerzieller GV-Maisanbau war in Frankreich während der Zeit des Moratoriums gesetzwidrig, fand aber seit 2005 wieder statt.¹³ Schließlich erließ Präsident Nicolas Sarkozy im Jänner 2008 ein Schutzverbot gegen die einzige EU-weit für kommerziellen Anbau zugelassene GV-Maisvarietät »MON810« der US-Firma Monsanto.¹⁴ Im Unterschied zu Österreich besitzt Frankreich jedoch eine der potentesten Biotechnologie-Forschungsinfrastrukturen Europas, daher gab es bereits seit den späten achtziger Jahren zahlreiche experimentelle GVO-Freisetzen (GMO Compass 2008). Diese über Jahre landesweit durchgeführten Versuchsfreisetzen wurden zum Angriffsziel der französischen Anti-Gentechnikbewegung. In den folgenden beiden Teilabschnitten werden deren Hauptprotagonisten vorgestellt, bevor anschließend ein Überblick zur französischen Anti-Gentechnikbewegung erfolgt.

11 Frankreichs globalisierungskritische Bewegung ist überaus heterogen. Sie beinhaltet Gruppen wie die 1998 von Le Monde Diplomatie gegründete NGO *Attac* oder den Thinktank *Fondation Copernic*, vereinigt aber auch AnhängerInnen linker Parteien wie des *Parti Communiste Français* PCF, der *Ligue Communiste Révolutionnaire* LCR, der französischen Grünen (*Verts*) oder des *Parti Socialiste* PS. Um zu unterstreichen, dass man nicht gegen Globalisierung etwa im Sinne von globaler Mobilität und Kooperation, sondern gegen Globalisierung allein im Dienste von Großmachtstreben und Kapitalinteressen ist, hat sich in Abgrenzung vom Begriff *antimondialisme* (Anti-Globalisierung) die Bezeichnung *altermondialisme* durchgesetzt, was man mit Globalisierungsveränderungsbewegung übersetzen könnte (Agrikoliansky et al. 2005).

12 Zur Definition von Schutzverbot siehe Fußnote 4 (S. 488). Die beiden französischen Verbote für zwei GV-Rapsorten waren im November 1998 ausgesprochen worden. Diese Schutzverbote sind heute allerdings nicht mehr relevant, da die Zulassungen mittlerweile ausgelaufen sind, weshalb die Verbote auch nicht von der Europäischen Kommission aufgehoben werden müssen.

13 Vor dem Moratorium fand 1998 in sehr geringem Umfang (ca. 1.200 ha) GV-Maisanbau statt, der aber durch einen Beschluss des *Conseil d'Etat* (oberster Verwaltungsgerichtshof) nachträglich für illegal erklärt wurde. Nach dem Moratorium setzte kommerzieller Anbau wieder 2005 ein und erreichte bis 2007 den Umfang von 22.000 ha.

14 Damit folgte Frankreich Österreich und Ungarn, die für MON810 (1999 und 2005) ebenfalls Schutzverbote erließen. Ironischerweise wurde zur gleichen Zeit, als Frankreich sein Verbot einrichtete, das österreichische unter Druck von WTO und Europäischer Kommission teilweise aufgehoben.

4.1 Die *Confédération Paysanne*

Der Ursprung der *Confédération Paysanne* geht auf die Auseinandersetzungen um den Larzac (1971 bis 1981) zurück. Anfang der siebziger Jahre plante die französische Regierung auf diesem Kalkplateau im Zentralmassiv die Errichtung einer Militärbasis. Es kam zu einer landesweiten Protest- und Solidarisierungsbewegung mit den regionalen Gegnern der Militärbasis, die im Sommer 1973 einen spektakulären Höhepunkt erreichte. Die Larzac-Bewegung blieb letztlich erfolgreich. Nach zehnjähriger Auflehnung gab Präsident François Mitterrand 1981 die Pläne auf. Die 1987 gegründete *Confédération Paysanne* ging wesentlich aus der Larzac-Bewegung hervor. Ein entscheidendes Moment ihrer Entstehung war ferner die unter Frankreichs KleinbäuerInnen wachsende Unzufriedenheit mit dem dominanten Bauernverband FNSEA (*Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants*).

Die FNSEA nimmt die beherrschende Stellung in Frankreichs Landwirtschaftspolitik ein – sie bildet auch das entscheidende Relais zur Subventionsvergabe der GAP. Da die FNSEA interne Kritik an ihrer produktivistischen Orientierung, welche die Großproduktion (vor allem im Norden des Landes) belohnt und kleine Familienbetriebe sterben lässt, unterdrückte, kam es zur Sezession kritisch-ökologischer Splittergruppen – diese schlossen sich Ende der achtziger Jahre zur *Confédération Paysanne* zusammen.

Die *Confédération* ist Frankreichs extremer Linker zuzuordnen, vertritt ein anarchistisch-syndikalistisches Organisationsmodell und eine von internationaler Solidarität getragene Gesinnung – beides ungewohnte Qualitäten einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung. So wie die oben vorgestellte ÖBV (und auf diesem Weg mit ihr organisatorisch verknüpft) ist sie Gründungsmitglied der *Coordination Paysanne Européenne* (CPE) und der internationalen Kleinbauernbewegung *Via Campesina*. Die *Confédération* kooperiert nicht nur mit zahlreichen Akteuren aus Frankreichs vitaler globalisierungskritischer »Bewegungsgesellschaft«, sondern auch mit KleinbäuerInnen und Benachteiligten weltweit, etwa in Brasilien, Polynesien oder Palästina.

4.2 José Bové

José Bové, der als Wehrdienstverweigerer schon in der Larzac-Bewegung engagiert war, ist zwar Gründungsmitglied der *Confédération* und war in den Jahren 2000 bis 2004 deren Sprecher, doch ist die Person Bové aufgrund ihres für die französische Anti-Gentechnikbewegung richtungweisenden Öffentlichkeitsprofils für sich genommen zu besprechen.

Bovés Ruhm geht auf eine Aktion im Sommer 1999 in der südfranzösischen Stadt *Millau* zurück, bei welcher Teile einer McDonalds-Filiale in symbolischem Protest gegen das WTO-Urteil im Hormonkonflikt zwischen der EU und den USA abgetragen und andernorts demonstrativ abgeladen wurden.¹⁵ Als der Aktivist daraufhin eine fast

15 Das WTO-Urteil entschied, dass die EU mit dem Verbot leistungssteigernder Hormone in der Milch- und Fleischproduktion gegen internationale Handelsabkommen verstieß. Die den USA eingeräumten Strafzölle betrafen speziell französische Waren.

dreiwöchige Haftstrafe verbüßen musste, entstand eine Sympathie- und Solidarisierungswelle im ganzen Land, da weite Teile der französischen Öffentlichkeit staatliche Repression gegen politische AktivistInnen missbilligen. Millau machte Bové quasi über Nacht zum politischen Star. Und dieser verstand es in der Folge, seine Bekanntheit mit größtem Geschick zu nutzen. So gelang es ihm beispielsweise, durch seine Teilnahme an den WTO-Protesten in Seattle wenige Monate nach Millau weltweite Bekanntheit zu erlangen¹⁶ (Heller 2002). Im Zuge der Mobilisierung für ein Nein zur EU-Verfassung bei der Volksabstimmung am 29. Mai 2005 wurde Bové zur Galionsfigur der antiliberalen Linken und trat 2007 schließlich sogar als französischer Präsidentschaftskandidat an. Sein wichtigstes Tätigkeitsfeld aber war und ist der Kampf gegen die landwirtschaftliche Gentechnik.

4.3 Frankreichs Anti-Gentechnikbewegung

Die Anti-Gentechnikbewegung in Frankreich formierte sich etwa zwei Jahre später als in Österreich. Als Greenpeace im Zuge einer gesamteuropäischen Kampagne im Herbst 1996 versuchte, die französische Öffentlichkeit zu sensibilisieren, war die Wirkung gering. Die französische Öffentlichkeit galt zu diesem Zeitpunkt als indifferent bis technologiefreundlich (Boy et al. 1998). In den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten intensiver Forschung und Entwicklung hatte sich so gut wie nie ernsthafter Widerstand gereg – ganz anders als in anderen großen Biotechnologieländern wie in Großbritannien, Dänemark, Deutschland oder in der Schweiz (Durant et al. 1998). Widersprüchliche Entscheidungen der Regierung Juppé (1995 bis 1997), die eine GVO-Zulassung entgegen dem Rat der zuständigen wissenschaftlichen Kommission widerrief, ließen aber erstmals aufmerken. Die ihr folgende Jospin-Regierung (Juni 1997 bis Juli 2001) zog erneut Kritik auf sich, als sie schließlich doch die Zulassung aussprach, jedoch insgesamt eine Wende zum Vorsorgeprinzip und zu stärkerer Bürgerbeteiligung vollzog.¹⁷

Für die *Confédération* war die Thematik zu diesem Zeitpunkt neu. Erst 1997 fiel die Entscheidung, die Gentechnik auf freiem Feld zu bekämpfen. Im Sommer 1997 fand auch die erste Feldzerstörung durch AktivistInnen der *Confédération* statt, doch erst im Jänner 1998 gelang es den Aktivisten José Bové, René Riesel und Francis Roux, ein Saatgutdepot der Firma Novartis in *Nérac* (*Département Lot-et-Garonne*) medienwirksam unbrauchbar zu machen. Noch größeres Medienecho erzielte der anschließende Gerichtsprozess, den die *Confédération* durch die Präsenz zahlreicher teils prominenter

16 José Bové praktizierte durchwegs hohes internationales Engagement. So führten ihn Solidaritätsreisen auch zu Bauern- und Unabhängigkeitsbewegungen in Brasilien, Neukaledonien oder Palästina.

17 So erließ die Regierung gleichzeitig Schutzverbote gegen GV-Raps und -Rüben und kündigte bereits ihr Engagement für ein europäisches Moratorium an. Als Mittel der Bürgerbeteiligung organisierte sie im Sommer 1998 nach dem Muster der dänischen Konsensus-Konferenz eine viel beachtete *Conférence Citoyenne* (Bürgerkonferenz) zur grünen Gentechnik. Insbesondere die grüne Umweltministerin Dominique Voynet geriet aufgrund der inkonsistenten Entscheidungen unter Druck. Die Zulassung zu kommerziellem GV-Maisanbau wurde im folgenden Jahr durch den *Conseil d'Etat* wieder aufgehoben.

SympathisantInnen in ein Podium der Gentechnikkritik umfunktionierte. Diese Strategie erwies sich als so öffentlichkeitswirksam, dass man sie auf die meisten folgenden Aktionen anwandte und anwendet: Einer offen durchgeführten Feldzerstörung folgen Gerichtsverfahren, die zur öffentlichen Präsentation des eigenen Standpunkts genutzt werden. In Frage gestellt wird in diesen mehr als die Sicherheit der grünen Gentechnik.

Die Anti-Gentechnikbewegung problematisiert in den Verfahren die Liberalisierung der Weltmärkte für landwirtschaftliche Produkte, die produktions- und wettbewerbsorientierte Landwirtschaftspolitik der EU sowie deren soziale und ökologische Folgen. Verfochten wird die Legitimität zivilen Ungehorsams gegenüber der Illegalität von Sachbeschädigung. Propagiert werden Alternativkonzepte wie nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität – das Recht von Staaten und Regionen, ihre eigenen, lokalen Produktions- und Ernährungskreisläufe vom Weltmarkt abzukoppeln.

Obwohl die *Confédération* gentechnische Forschung und Entwicklung nicht grundsätzlich ablehnt, attackiert sie auch Versuche mit dezidiert nicht-kommerzieller Ausrichtung wie Risikoforschung oder Pharmaentwicklung, um die Möglichkeit alternativer Problemlösungen herauszustreichen.

Nach 1999 und Bovés Durchbruch in *Millau* stieg die Zahl der Feldzerstörungen durch AktivistInnen der *Confédération* rapide an und blieb seither auf hohem Niveau. Den Zerstörungen folgte eine Reihe von Gerichtsverfahren. Während bei solchen Aktionen mehrere hundert Beteiligte anwesend sein können, wird im Regelfall nur gegen die »Anstifter« Anzeige erstattet, weshalb sich etwa José Bové wiederholt vor Gericht zu verantworten hatte, mehrmals zu Haftstrafen verurteilt wurde und diese trotz langwieriger Berufungsverfahren zum Teil auch verbüßte.¹⁸ Mit den Jahren kumulierten sich Haft- und empfindliche Geldstrafen für die *Confédération*, welche daher bald vor finanziellen Problemen stand. Im August 2003 kam es anlässlich der Jubiläumsveranstaltung der Larzac-Bewegung (die 200.000 SympathisantInnen versammelte) zur Gründung der *faucheurs volontaires* – einer Organisation, die sich speziell die Zerstörung von GVO-Feldern zum Ziel setzt. Dadurch erweiterte sich die Basis der AktivistInnen über die *Confédération* hinaus in das Umfeld der SympathisantInnen und der juristische Kostendruck wurde gelindert. Seither zeichnen die *faucheurs volontaires* für das Gros der Feldzerstörungen sowie für Gerichtsverfahren verantwortlich.¹⁹

18 Unter den verurteilten Aktivisten befanden sich auch prominente Grünpolitiker, etwa Noël Mamère (Abgeordneter der *Verts* zum Europäischen Parlament 1994 bis 1997) oder Gérard Onesta (*Verts*, Vizepräsident des Europäischen Parlaments seit 1999). Dass José Bové versuchte, stets alle Mittel auszuschöpfen, um Gefängnisstrafen zu entgehen, und etwa eine Teilbegnadigung durch Präsident Jacques Chirac akzeptierte, fand innerhalb der *Confédération* nicht nur Zustimmung. So wies sein mitverurteilter Weggefährte René Riesel diese Möglichkeit dezidiert zurück und verurteilte Bovés Instrumentalisierung des um ihn veranstalteten Medienrummels scharf.

19 Von 2005 bis 2007 kam es zu insgesamt 53 Feldzerstörungen. Davon erfolgten 16 anonym, zu 34 bekannten sich die *faucheurs volontaires*, der Rest verteilte sich auf sonst unbekannte Gruppen (Noisette 2005, 2006, 2007). Im August 2003 bekannten sich zunächst etwa 400 Personen zu den *faucheurs*, bis 2008 ist die Liste der unterzeichnenden Mitglieder auf über 7.000 angewachsen. Von

Die französische Anti-Gentechnikbewegung konnte durch fortgesetzten Aktivismus und die damit verbundene öffentlichkeitswirksame Herausforderung staatlicher Repression die Problematik der landwirtschaftlichen Gentechnik bis heute in der öffentlichen Diskussion halten.²⁰ Die Tatsache, dass Frankreichs Regierung seit gut zehn Jahren eine überaus vorsichtige Politik verfolgt – man denke an ihre Federführung beim europäischen Moratorium, an die Schutzverbote und das jüngste Verbot kommerziellen Anbaus – mäßigt diese Radikalität nicht. Allein der vollständige Verzicht auf kommerzielle wie auch experimentelle Freisetzungen könnte die Forderungen befriedigen.

Freilich ist ein solcher Verzicht unrealistisch: Nicht nur ist Frankreich in ein EU-Regelwerk eingebunden, dessen Toleranz gegen nationale Sonderwege begrenzt ist, sondern es verfügt auch über eine bedeutende Forschungsinfrastruktur, die durch solche Restriktionen empfindliche Wettbewerbsnachteile erleidet.²¹ So gelingt es der französischen Bewegung, einen bis heute andauernden Schauprozess gegen die grüne Gentechnik zu inszenieren, bei dem freilich nicht allein die Technologie, sondern mehr noch die sie ermöglichende politische Ökonomie auf der Anklagebank sitzt. Konkret werden aus Sicht der Anti-Gentechnikbewegung kritisiert: das Oligopol multinationaler Saatgut- und Agrochemiekonzerne, der von der GAP geförderte landwirtschaftliche Verdrängungswettbewerb, sowie die Alternativlosigkeit eines liberalen Weltmarktregimes unter WTO-Oberhoheit, das die Reichen reicher, die Armen ärmer macht. Die grüne Gentechnik fungiert dabei als Inkarnation all dieser Übel, als Diskursvehikel einer Kritik, der es nicht allein darum geht, Frankreich »gentechnikfrei« zu halten, sondern die Möglichkeit einer »anderen Welt« zu verteidigen.

5. Schlussfolgerungen

Österreich und Frankreich haben zwei starke und doch grundverschiedene Anti-Gentechnikbewegungen hervorgebracht. Österreichs Protestbewegung mündete nach einer intensiven Protestphase unter Führung professioneller Umweltorganisationen in eine nationale Abschottungspolitik, getragen von einem breiten politischen Konsens. Größter Nutznießer dieser Politik ist die biologische Landwirtschaft, deren Akteure in

diesen allerdings bilden nur einige hundert den »aktiven Kern« der in anonymen Netzwerken organisierten Gruppe. Ihre Schulden aus diversen gerichtlichen Verurteilungen erreichten Mitte 2008 mehr als 600.000 Euro (Interview mit einem Vertreter der *faucheurs volontaires*, Grigny, 12. 7. 2008). Inwieweit die Aktivitäten der *faucheurs* für den deutlichen Rückgang an Feldversuchen seit 2000 verantwortlich sind, muss offen bleiben (GMO Compass 2008).

20 Und dies stellt auch eines ihrer zentralen Anliegen dar. Dabei ist man durchaus um ein positives Image besorgt, das durch den Einsatz von Rechtsbrüchen als Protestmittel gefährdet ist (Interview mit einem Vertreter der *faucheurs volontaires*, Grigny, 12. 7. 2008).

21 Diesen Zusammenhang belegt etwa die gesamteuropäische Studie von Kurzer und Cooper (2007). Die Autorinnen identifizieren darin die Stärke der nationalen Biotechnologieindustrie als zentrale Erklärung dafür, dass Regierungen auch bei starker Gentechnikopposition von einer allzu restriktiven Gentechnikpolitik Abstand nehmen. Frankreich hat die drittstärkste Biotechnologieindustrie Europas (ebd., 1045).

der öffentlichen Kontroverse selbst jedoch nicht die prominentesten waren. Auch in Frankreich blieb eine starke Anti-Gentechnikbewegung gewiss nicht ohne Wirkung auf die nationale Politik, wenngleich deren Ausmaß schwer abzuschätzen ist.²² Nichtsdestotrotz dauert die Kontroverse bis heute in unverminderter Stärke an, was sich vor allem in organisierten Feldzerstörungen äußert. Federführend sind – auch im Unterschied zu Österreich – Bauern- und globalisierungskritische Organisationen. Ich möchte in der Folge zwei Fragen nachgehen. Erstens: Wie lassen sich diese Unterschiede – im Besonderen die unterschiedliche Bedeutung bäuerlicher Akteure – erklären? Zweitens: Wie können die sozialen Effekte der beiden Bewegungen bewertet werden?

5.1 Die Rolle der Landwirtschaftspolitik

Auf die erste Frage gibt es eine einfache Antwort, es lassen sich aber auch vielschichtigere Antworten finden. Eine simple Erklärung für fehlenden Feldvandalismus als Protestmittel in Österreich (wo bislang nicht einmal GVO-Feldversuche stattfinden durften) ist, dass es im Gegensatz zu Frankreich einfach kein Ziel für diese Form radikalen Protests gibt.²³ Andererseits würde die bloße Existenz von Feldversuchen ebenso wenig erklären, warum es zu Feldzerstörungen kommt. Schließlich fanden gerade in Frankreich bis Mitte der neunziger Jahre hunderte von Feldversuchen statt, ohne weiter beachtet zu werden (GMO Compass 2008). Besondere Umstände mussten eintreten, um diese ab 1997 zum Ziel radikalen Protests von BauernaktivistInnen werden zu lassen. Die Tatsache, dass in Österreich bäuerliche AkteurInnen nicht an vorderster Front der Protestbewegung stehen, mag sich damit erklären lassen, dass diese primär von einer nationalen Abschottungspolitik profitieren. Doch warum erhielten sie diesen Status? Und warum wurde – im auffallenden Gegensatz dazu – in Frankreich ausgerechnet eine bäuerliche Organisation zur Speerspitze der Protestbewegung? Dies führt zu einem komplexeren Erklärungsversuch, der die Rolle unterschiedlicher nationaler Landwirtschaftspolitiken im Kontext der EU-Mehrebenenpolitik und nationaler Konfliktkulturen in der Agrarpolitik betont. Unterschiedliche Landwirtschaftspolitiken und landwirtschaftspolitische Konfliktkulturen stellen dabei eine wichtige, aber nicht die einzige Erklärung für die beobachteten Divergenzen dar. Aufgrund des Fokus auf landwirtschaftspolitische Fragen beschränken wir uns hier allerdings auf diese.²⁴

22 Erinnert sei daran, dass Frankreichs Regierung bereits vor Ausbruch der Kontroverse 1999 die Wende zu einer restriktiveren Gentechnikpolitik eingeleitet hat. Um die Tragweite dieser Wende zu verstehen, muss man bedenken, dass Frankreich eines der wichtigsten Biotechnologieländer und das wichtigste Agrarexportland der EU ist (vgl. Fußnote 21, S 497).

23 Dazu ist zu bemerken, dass diese Form von Maschinensturmertum (eigentlich Pflanzensturmertum) nicht allein in Frankreich vorkommt. Eine intensive Sabotagewelle fand beispielsweise in Großbritannien (1997 bis 2003) statt. Dort stoppte der radikale Aktivismus erst, als keine weiteren GVO-Feldversuche mehr durchgeführt wurden. Mit deren neuerlichem Einsetzen 2007 kam es wieder zu Vandalenakten.

24 Eine wesentliche Komponente ist beispielsweise die Verfügbarkeit direktdemokratischer Verfahren. Für Österreichs Anti-Gentechnikbewegung spielte ein direktdemokratisches Instrument (Volks-

Zu Österreich: Der Weg, den Österreich – vorläufig – gefunden hat, um öffentliche Ablehnung mit landwirtschaftspolitischen Prioritäten im EU-Kontext zu vereinbaren, besteht in einer Nischenpolitik für gentechnikfreie Produkte. Diese Politik kommt um den Preis erheblicher Konflikte mit der liberalen EU-Biotechnologiepolitik vor allem dem biologischen Landbau zugute. Will man diese Strategie verstehen, gilt es die Gründe für diese Begünstigung herauszuarbeiten. Sie liegen in einer frühen Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaftspolitik im Zuge des EU-Beitritts. Nachdem Ansätze zu einer »ökosozialen Marktwirtschaft« schon in den späten achtziger Jahren von Josef Riegler²⁵ lanciert worden waren, gaben die Diskussionen um den EU-Beitritt den Ausschlag dafür, dass 1995 die entscheidende landwirtschaftliche Förderpolitik mit dem Umweltprogramm ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) einsetzte.²⁶

Hinter dieser Umorientierung steckte ein sozioökonomisches Kalkül. Der wesentlich von klein- und bergbäuerlichen Strukturen geprägten österreichischen Landwirtschaft drohten mit der Marktöffnung dramatische Wettbewerbsnachteile, die man durch umweltsensible Maßnahmen zu kompensieren hoffte. Dabei war der biologischen Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zugeordnet. Schon vor dem EU-Beitritt zeigten die großen österreichischen Lebensmittelketten eine hohe Bereitschaft zum Ausbau eines eigenen Bioproduktsegments.²⁷ 1992 begann zudem die massive Subventionierung der biologischen Landwirtschaft, womit sich die Zahl der biologischen Betriebe in vier Jahren von rund 2.000 auf rund 20.000 verzehnfachte. Heute nimmt die biologische Landwirtschaft mit einem Anteil von 16 Prozent Biofläche und mit 14 Prozent Biobetrieben die europäische Spitzenposition ein (Lebensministerium 2008). Aus der österreichischen Landwirtschaftspolitik lässt sich schließen, dass die Betonung von Umweltpolitik und biologischer Landwirtschaft eine Strategie zur konstruktiven Bewältigung der Folgen der EU-Integration ist. Mit der europaweiten Kontroverse um die grüne Gentechnik seit Mitte der neunziger Jahre wurde deutlich,

begehren) – wie auch bei den früheren Umweltkonflikten um Hainburg (Volksbegehren) und Zwentendorf (Volksabstimmung) – eine zentrale Rolle. In Frankreich hingegen kam es nie zu einem direkt-demokratischen Verfahren (Seifert 2008b). Versuche auf regionaler (2004) und auf nationaler Ebene (2008), ein Gentechnik-Plebiszit zu organisieren, scheiterten (Kempf 2005, AFP/Reuters 2008). Andere wesentliche Differenzen bestehen in der unterschiedlichen Medienlandschaft und politischen Kultur: In Frankreich gibt es etwa kein Gegenstück zur einflussreichen NKZ; die politische Kultur Frankreichs ist wiederum im Gegensatz zu Österreich eminent durch die Studentenrevolte 1968 geprägt (Seifert 2008b).

25 1987 bis 1989 österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums.

26 Mit 78 Prozent daran beteiligten Landwirten und mit 89 Prozent erfasstem Flächenanteil gilt ÖPUL im europäischen Vergleich heute als höchst erfolgreiches Umweltprogramm. Zum Vergleich: In der EU sind im Schnitt lediglich 25 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche von diversen Umweltprogrammen erfasst (Darnhofer 2006).

27 Konkret die Bio-Marken »Ja, natürlich!« in der Rewe-Kette und »Natur pur« bei Spar. Zu beachten ist die hohe Konzentration im Lebensmittelhandel. Heute teilen sich Rewe und Spar (gemeinsam mit Hofer von der Aldi-Gruppe) den österreichischen Lebensmittelmarkt zu einem erheblichen Teil untereinander auf.

dass sich eine Abschottungspolitik in bereits bestehende landwirtschaftspolitische Strategien einpassen ließ und machbar war.

Frankreichs Landwirtschaftspolitik hingegen geht von anderen Voraussetzungen aus. Frankreich ist – gemessen an der Produktion – Europas größte Agrarnation, was es nicht allein günstigen klimatischen Bedingungen, sondern auch seiner intensiven Produktionsstruktur verdankt.²⁸ Diese kam durch eine massive Modernisierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Nachkriegsjahrzehnten in enger Koppelung mit der GAP zustande. Das EU-Gründungsmitglied Frankreich ist traditionell größter Nutznießer der Gemeinsamen Agrarpolitik. Als deren Konsequenz verschärft sich allerdings auch ein asymmetrischer Strukturwandel, in dem Kleinbetriebe aus der Produktion gedrängt werden und große, exportorientierte Betriebe expandieren (Rieger 2000, 193). So verwundert es nicht, dass Frankreich bislang kein einheitliches Modell gefunden hat, auf den GAP-Reformprozess zu reagieren: Dieser setzte in den neunziger Jahren vor dem Hintergrund von Überproduktivität und der bevorstehenden weltweiten Liberalisierung landwirtschaftlicher Produkte ein, und vollzog insbesondere in der Ära Franz Fischler²⁹ die Abkehr von der bisher dominanten Export- und Produktionsorientierung.³⁰ Dem daraus resultierenden Anpassungsdruck begegnet der europäische »Produktivitätschampion« bislang in uneinheitlicher Weise (Buller 2004). Wengleich die intensive Landwirtschaft zwar auch in Frankreich zunehmend in Frage gestellt wird, gibt es beispielsweise keine mit dem ÖPUL oder mit der österreichischen Förderung der Biolandwirtschaft vergleichbare Förderungspolitik.³¹ Dominiert wird diese wesentlich von der FNSEA gestaltete Politik hingegen nach wie vor von einem produktivistischen Modell, das den Interessen der industriellen Landwirtschaft sowie der Saatgut- und Agrochemie-Industrie entgegenkommt. Demzufolge bleibt auch Frankreichs Gentechnikpolitik in hohem Maß kontrovers und im Resultat ambivalent. Das jüngst verabschiedete französische Gentechnikgesetz (Legifrance 2008) sorgte beispielsweise für turbulente parlamentarische Konflikte und geriet nach seinem Beschluss unter heftige Kritik gentechnikkritischer Gruppen (Le Monde 2008).

28 Dies zeigt sich in der durchschnittlichen Betriebsgröße, die in Österreich 17 ha und in Frankreich 42 ha beträgt (Darnhofer 2006).

29 1989 bis 1994 österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1995 bis 2004 EU-Landwirtschaftskommissar, dzt. Präsident des Ökosozialen Forums.

30 Bereits seit den frühen neunziger Jahren hatten GAP-Reformen diese Wende eingeleitet, die mit der GAP-Reform 2003 festgeschrieben wurde. Wichtigste Schritte waren die Entkopplung der produktionsgebundenen Direktzahlungen, die Stärkung des Umweltschutzes und der ländlichen Entwicklung.

31 Gerade in letzter Zeit kam es – auch unter Nicolas Sarkozy – zu einer Aufwertung der Umweltpolitik. Erwähnt sei die *le Grenelle Environnement* im Sommer 2007, ein Gipfeltreffen aller an der Landwirtschaftspolitik beteiligten Gruppierungen. Dabei wurde beschlossen, den Anteil der biologischen Landwirtschaft von derzeit knapp 2 Prozent der bewirtschafteten Anbaufläche in 15 Jahren auf 20 Prozent zu steigern. Wie substanziell diese Ankündigung ist, werden freilich die kommenden Jahre weisen. (Man erinnere sich an die Subventionsabhängigkeit der österreichischen Biolandwirtschaft.) (Ministère de l'Écologie, de l'Énergie, du Développement durable et de l'Aménagement du territoire 2007).

Als weiterer Faktor sind unterschiedliche Konfliktkonstellationen und Konfliktkulturen im Feld Landwirtschaftspolitik zu nennen. Für Österreich wird dieses Feld typischerweise als geschlossen und konfliktscheu beschrieben. Zwischen seinen Hauptakteuren – dem Landwirtschaftsministerium, der ÖVP (die im Fall einer Regierungsbeteiligung stets den Landwirtschaftsminister stellt), dem ÖVP-Bauernbund, und den vom Bauernbund dominierten Landwirtschaftskammern sowie der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern – herrscht gemeinhin Interessenharmonie (Hofreither 1997). Die damit verbundene Suggestion bäuerlicher Eintracht geht allerdings auf Kosten offener Konfliktbearbeitung, was zu asymmetrischen Konfliktkonstellationen und zur Marginalisierung innovativer Ideen führt (Rohrmoser 2001). So erklärt sich auch, dass eine randständige landwirtschaftspolitische Organisation – die *Österreichische Bergbauern und Bäuerinnen Vereinigung* (ÖBV) – eine Schlüsselrolle in der Mobilisierungsphase spielte, während die großen Organisationen erst in der Konsolidierungsphase stillschweigend und koordiniert auf den Abschottungskurs einschwenkten.

Anders die Situation in Frankreich. Zwar nimmt hier die FNSEA eine beherrschende Stellung ein, doch zeigt der allmähliche Aufstieg oppositioneller Bauernorganisationen wie der *Confédération Paysanne* oder auch der etwa gleich starken *Coordination Rurale*,³² dass diese nicht unangefochten bleibt. Symptomatisch für den Wandel sind die Ergebnisse der Wahlen zu den französischen Landwirtschaftskammern 2001 und 2007, bei denen die Herausforderer deutliche Gewinne verbuchen konnten.³³ Es ist jedenfalls plausibel, den öffentlichkeitswirksamen Kampf gegen die landwirtschaftliche Gentechnik, den José Bové, die *faucheurs* und die AktivistInnen der *Confédération* führen, im Zusammenhang mit einem in Bewegung geratenen landwirtschaftspolitischen Akteursfeld zu sehen.³⁴

Zusammenfassend kann man also sagen, dass landwirtschaftspolitische Konfliktkonstellationen und nationale Landwirtschaftspolitiken in Interaktion mit supranationalen Vorgaben und in Reaktion auf internationale Liberalisierungsprozesse wichtige

32 Die *Coordination Rurale* entstand 1992 als Protestgruppe gegen die Reform der GAP. Ähnlich wie die *Confédération*, wenn auch weniger exponiert und oft der Rechten zugerechnet, steht sie der WTO wie auch der landwirtschaftlichen Gentechnik kritisch gegenüber. Die Landwirtschaftskammerwahlen im Jänner 2007 brachten der *Coordination Rurale* (auf Kosten der *Confédération*) erhebliche Gewinne (siehe folgende Fußnote).

33 2001 verbesserte sich die *Confédération* von rund 20,1 Prozent (1995) auf 26,8 Prozent, die FNSEA erreichte mit 52,8 Prozent (im Vergleich mit 56,4 Prozent 1995) nur mehr eine knappe absolute Mehrheit. Bei den Kammerwahlen 2007 verlor die *Confédération* diesen Gewinn allerdings wieder und fiel auf 19,7 Prozent zurück, während die *Coordination Rurale* von 12,2 Prozent auf 18,7 Prozent stieg, und die FNSEA mit 54,9 Prozent leicht dazu gewann (Citron Vert 2008). Die Ergebnisse lassen zwar nicht auf eine gesicherte Stellung der *Confédération* schließen, doch demonstrieren sie die gesteigerte und gegenüber der FNSEA erfolgreiche Konkurrenz unter den Bauernverbänden.

34 Verschiedenartige Konfliktkulturen in diesem Feld demonstrierte ein Österreich-Besuch José Bovés im April 2005 auf Einladung des (von der ÖBV) organisierten Agrarbündnisses Österreich. Mit der Begründung, dass der Bauernaktivist den ehemaligen EU-Agrarkommissar Franz Fischler bei der Wiener Pressekonferenz des »Genozids« an den europäischen Bauern bezichtigt hatte, wurde diesem auf Weisung des Landwirtschaftsministeriums ein Vortrag in einer Landwirtschaftsschule untersagt. Die Affäre fand in Österreich ein für ein landwirtschaftliches Thema ungewöhnlich starkes Medienecho.

Kontextbedingungen für den Erfolg bzw. das Konfliktverhalten nationaler Anti-Gentechnikbewegungen sind.

5.2 Die sozialen Effekte der Anti-Gentechnik-Bewegung

Worin besteht nun die gesellschaftspolitische Wirkung der beiden so unterschiedlichen Anti-Gentechnikbewegungen (Seifert 2008, 90–94)? Um die unterschiedlichen Effekte der beiden Bewegungen zu fassen, ist es nützlich, auf die von Kriesi et al. (1995) vorgeschlagene Unterscheidung von »instrumentellen« und »gegenkulturellen« Effekten sozialer Bewegungen zurückzugreifen. Instrumentelle Effekte bestehen in der Herbeiführung konkreter politischer Entscheidungen, gegenkulturelle Wirkungen in öffentlichen Thematisierungsleistungen. So gesehen, erzielte die österreichische Bewegung, der es gelang, die nationale Politik auf ihre Ziele zu verpflichten, womöglich einen größeren, sicher aber einen klareren instrumentellen Erfolg als die französische Anti-Gentechnikbewegung – diese ist bis heute in einen erbitterten, gerichtlich ausgetragenen Kampf mit dem Staat verstrickt. Andererseits bleibt dieser Erfolg lokal umgrenzt. Mag es Österreich auch gelingen, »gentechnikfrei« zu bleiben, breitet sich die unerwünschte Technologie anderswo ungehindert aus. Auf der diskursiven Ebene führt die Abschottungsstrategie gegenüber der grünen Gentechnik ferner zur Schließung der Thematik: Einziges, einhellig verfolgtes Ziel bleibt es, national »gentechnikfrei« zu bleiben. Andere kritische Inhalte, wie etwa die generellen Schattenseiten einer allein nach wirtschaftsliberalen Prinzipien organisierten Globalisierung, sind aus der öffentlichen Debatte ausgespart.

Dass die radikale Anfechtung der grünen Gentechnik zum diskursiven Vehikel einer über den nationalen Rahmen hinausgehenden Kritik werden kann, demonstriert demgegenüber die französische Bewegung. So dürfte auch deren bedeutendster gesellschaftspolitischer Effekt ein gegenkulturell-diskursiver sein. Der Diskurs der französischen Bewegung erschöpft sich nicht in der Warnung vor den mutmaßlichen Gefahren der Gentechnik oder in der Gefährdung einer sorgsam subventionierten biologischen Nischenproduktion. Vielmehr prangert er ein globales politisches System an, das Ungleichheiten vertieft und Solidarität untergräbt. Durch die andauernde französische Feldzerstörungskampagne und ihre rechtliche, mediale und politische Reflexion in den begleitenden Gerichtsverfahren dauert die öffentliche Debatte innerhalb wie außerhalb Frankreichs an und generiert Ideen, verändert Wertungen. Beispielhaft sei die von der *Vía Campesina* propagierte Idee der Ernährungssouveränität erwähnt, d. h. des Rechtes auf lokale Produktion und Konsumtion von Nahrungsmitteln. Umgesetzt könnte diese Idee eine wichtige Route zu nachhaltigem Wirtschaften eröffnen. Nun trifft es zwar nicht zu, dass in Österreich die Akteure, die eine solche Kritik formulieren könnten, nicht vorhanden wären. Die ÖBV (bzw. *Vía Campesina Austria*) etwa ist seit Jahrzehnten Teil derselben internationalen, globalisierungskritischen Netzwerke wie die *Confédération*, deren Ideen sie teilt. Als kleine, kritische Bauernorganisation ist es ihr aber unmöglich, in die Entscheidungssphären der Landwirtschaftspolitik zu gelangen – eine Illustration für den Einfluss nationaler Kontextbedingungen auf das Erscheinungsbild sozialer Bewegungen.

Aus den hier gewonnenen Einsichten folgen Impulse für eine Ausweitung der vergleichenden Perspektive auf nationale Anti-Gentechnikbewegungen in der EU und eventuell darüber hinaus. Die Forschung über neue soziale Bewegungen, welche die Anti-Gentechnikbewegung nach wie vor eher vernachlässigt, könnte mit einer Analyse der Rolle nationaler und supranationaler Landwirtschaftspolitiken zu verallgemeinerbaren Aussagen über den Einfluss nationaler Kontextbedingungen auf Strategien und Erscheinungsformen neuer sozialer Bewegungen gelangen. Die Unterscheidung von gegenkulturellen und instrumentellen Wirkungen wiederum bietet sich als begrifflicher Rahmen zur Einschätzung ihrer Effektivität an.

Literatur

- AFP/Reuters (2008) *L'Assemblée adopte le projet de loi sur les OGM* (Die Nationalversammlung verabschiedet den Entwurf zum Gentechnikgesetz). In: *Le Monde*, 20. 5. 2008.
- Agrikoliansky, Eric et al. (2005) *L'altermondialisme en France. La longue histoire d'une nouvelle cause*. (Die globalisierungskritische Bewegung in Frankreich. Die lange Geschichte eines neuen Anliegens.) Paris.
- Ansell, Christopher et al. (2006) *Protesting Food: NGOs and Political Mobilization in Europe*. In: Ansell, Christopher/ Vogel, David (eds.) *What's the Beef? The Contested Governance of European Food Safety*. Berkeley, 97–122.
- Bauer, Martin W./ Gaskell, George (2002) *Biotechnology. The Making of a Global Controversy*. Cambridge, UK.
- Boy, Daniel et al. (1998) *France*. In: Durant, John et al. (eds.) *Biotechnology in the Public Sphere. A European Sourcebook*. London, 51–62.
- Buller, Henry (2004) *The »espace productif, le théâtre de la nature: and the »territoires de développement local: the Opposing Rationales of Contemporary French Rural Development Policy*. In: *International Planning Studies*, Nr. 2–3, 101–119.
- Darnhofer, Ika (2006) *Organic Farming at the Heart of the Rural Development Policy. The Example of Austria*. In: Andreasen, Claus Bo et al. (eds.) *Organic Farming and European Rural Development: Proceedings of the European Joint Organic Congress, DARCOF, Odense, Dänemark, 30.–31. 5. 2006*. Ohne Ort, 712–713.
- Della Porta, Donatella/ Diani, Mario (2006) *Social Movements: An Introduction*. Malden (2nd ed.).
- Durant, John et al. (eds.) (1998) *Biotechnology in the Public Sphere. A European Sourcebook*. London.
- Heller, Chaia (2002) *From Scientific Risk to Paysan Savoir-Faire: Peasant Expertise in the French and Global Debate over GM Crops*. In: *Science as Culture*, Nr. 11, 5–37.
- Hofreither, Markus F. (1997) *Agrarpolitik*. In: Dachs, Herbert u. a. (Hg.) *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*. Wien, 641–651.
- Kempf, Hervé (2005) *Qui a peur de la démocratie? (Wer hat Angst vor der Demokratie?)*. In: *Le Monde*, 6. 11. 2005.
- Kriesi, Hanspeter et al. (1995) *New Social Movements in Western Europe*. Minneapolis.
- Kurzer, Paulette/ Cooper, Alice (2007) *What's for Dinner? European Farming and Food Traditions Confront American Biotechnology*. In: *Comparative Political Studies*, Nr. 9, 1035–1058.
- Rieger, Elmar (2000) *The Common Agricultural Policy*. In: Wallace, Helen/ Wallace, William (eds.) *Policy-Making in the European Union*. Oxford (4th ed.), 179–210.
- Rohrmoser, Franz (2001) *Erschließung neuer Formen der Konfliktbearbeitung in bäuerlichen Strukturfragen*. In: *SWS-Rundschau*, Nr. 4, 497–515.

- Schurman, Rachel (2004) *Fighting »Frankenfoods«: Industry Opportunity Structures and the Efficacy of the Anti-Biotech Movement in Western Europe*. In: Social Problems, Nr. 2, 243–268.
- Seifert, Franz (2002) *Gentechnik – Öffentlichkeit – Demokratie. Der österreichische Gentechnik-Konflikt im internationalen Kontext*. München.
- Seifert, Franz (2006a) *Oberösterreichs Gentechnik-verbot – Absehbares Scheitern, ungewöhnliche Allianzen*. In: SWS-Rundschau, Nr. 4, 409–431.
- Seifert, Franz (2008a) *Tidy Backyards or Global Justice. Types of GMO Opposition in Austria and France and their Wider Implications*. In: Ruivenkamp, Guido et al. (eds.) *Reconstructing Biotechnologies: Critical Analyses*. Wageningen, 79–96.
- Seifert, Franz (2008b) *Consensual NIMBYs, Contentious NIABYs: Explaining Contrasting Forms of Farmers GMO Opposition in Austria and France*. In: *Sociologica Ruralis*, 10.1111/j.1467-9523.2008.00473.7, verfügbar unter: <http://dx.doi.org/>.
- Seifert, Franz/Wagner, Wolfgang (1998) *Medienaktivität zur Gentechnologie in Österreich. Eine Längsschnittsanalyse*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 249–264.
- Le Monde (2008) *Après l'adoption de la loi OGM, la gauche dénonce la victoire du lobbying* (Nach Verabschiedung des GVO-Gesetzes kritisiert die Linke den Sieg des Lobbying), Ausgabe 9. 4. 2008, verfügbar unter: <http://abonnes.lemonde.fr/web/stk/articleinteractif/0,41-0,49-1032851@45-5110,0.html>, 13. 9. 2008.
- Ministère de l'Écologie, de l'Énergie, du Développement durable et de l'Aménagement du territoire (2007) *Le Grenelle Environnement* (Das Umwelt-Gipfeltreffen), verfügbar unter: <http://www.legrenelle-environnement.gouv.fr/grenelle-environnement>, 12. 9. 2008.
- Noisette, Christophe (2005) *Les Fauchages de l'été 2005* (Die Mähgänge des Sommers 2005), verfügbar unter: <http://www.infogm.org/spip.php?article3222>, 12. 9. 2008.
- Noisette, Christophe (2006) *Les Fauchages de l'été 2006* (Die Mähgänge des Sommers 2006), verfügbar unter: <http://www.infogm.org/spip.php?article2764>, 12. 9. 2008.
- Noisette, Christophe (2007) *Les Fauchages de l'été 2007* (Die Mähgänge des Sommers 2007), verfügbar unter: <http://www.infogm.org/spip.php?article2281>, 12. 9. 2008.
- Rapid (2005) *GMOs: Commission Reaction on Council Votes on Safeguards and GM Maize MON863*. IP/05/793. Brussels/Luxembourg, 24 June 2005, verfügbar unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/793>, 8. 10. 2008.

- Seifert, Franz (2006b) *Synchronised National Publics as Functional Equivalent of an Integrated European Public. The Case of Biotechnology*. In: *European Integration online Papers*, Nr. 8, verfügbar unter: http://eiop.or.at/eiop/index.php/eiop/article/view/2006_008a/26, 8. 10. 2008.

Interviewverzeichnis

- Österreichische Bergbauern und Bäuerinnen Vereinigung ÖBV, 18. 5. 2005, Wien.
- Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern, 10. 8. 1999, Wien.
- Umweltbundesamt UBA, 16. 5. 2008, Wien.
- Vertreter der *faucheurs volontaires*, 12. 7. 2008, Grigny.

Kontakt:
fseifert@gmx.at

Internet-Adressen

- Citron Vert (Centre d'information et de documentation) (2008) *Elections aux chambres d'agriculture* (Wahlen zu den Landwirtschaftskammern 2007), verfügbar unter: <http://citron-vert.info/spip.php?article838>, 14. 9. 2008.
- GMO Compass (2008) *Deliberate Releases for Field Trials – France*, verfügbar unter: http://www.gmo-compass.org/eng/agri_biotechnology/field_trials/211.france_field_trials_gmos.html, 12. 9. 2008.
- Lebensministerium (2008) *Bio-Aktionsprogramm: Biologische Landwirtschaft weiterentwickeln*, verfügbar unter: <http://land.lebensministerium.at/article/articleview/66073/1/1465>, 10. 10. 2008.
- Legifrance (2008) *LOI n° 2008-595 du 25 juin 2008 relative aux organismes génétiquement modifiés* (Gesetz 2008-595 vom 25. Juni 2008 bezüglich gentechnisch veränderter Organismen), verfügbar unter: <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000019066077&date>, 14. 9. 2008.